

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 57 (1978)
Heft: 7-8

Artikel: Krise und Arbeitslosigkeit fallen nicht vom Himmel
Autor: Mauderli, Roland
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347564>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ärzte, eine Laborantin, die zugleich Schwester war und ein halbtags beschäftigter Arztsekretär. Im ersten – «sozialen» – Haus kam es zum Leerlauf, der durch «Arbeitsbeschaffung» ausgefüllt werden musste, was zwangsläufig zu sozialen Spannungen führte. Im privaten Haus war jeder sinnvoll beschäftigt und zufrieden!

Dies gab mir viel zu denken. Meine soziale Gesinnung erlitt einen schweren Schlag. Da im ersten Falle das Gemeinvermögen verschleudert wurde und zusätzlich die Kurpatienten durch Überarztung geschädigt wurden (Krankheitsfixierung), musste es zu einer geistigen und materiellen Verarmung kommen, also letztlich zu einem asozialen Zustand. Die sogenannte «soziale Ordnung» ist aber in diesem Fall gar nicht so sozial, wie es den Anschein macht. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf meine beiden frühern Beiträge im «Profil»:

Der Mensch hat heute noch zu der sozialen Ordnung ein gespaltenes Verhältnis. Er missbraucht die an sich erhabene, wunderbare soziale Idee zu Selbstzwecken, zur «Machtergreifung». Es gibt bereits eine bis ins kleinste Detail funktionierende soziale Ordnung, nämlich in der freien Natur, in dem Ökosystem. Will der Mensch sich wirklich sozial verhalten, muss er sich in diese Ordnung fügen. Sein soziales Verhältnis muss also primär umweltgerecht sein. Dann wird es auch automatisch menschengerecht sein.

Ein Sozialist müsste sich also bei jedem Problem (ob in der Familie, auf dem Arbeitsplatz oder in der hohen Politik) fragen: Nützt die Lösung des Problems auch der Umwelt, der Natur? Nur so wird eine wahre soziale Entscheidung gefällt. Es gibt leider ein gewaltiges Hindernis zu dieser fundamentalen Erkenntnis: «Mehret euch und macht euch die Erde untertan.» Dieser Fluch lastet noch immer auf der Menschheit. «Dient der Erde» müsste es heissen.

Enrico Cademazzo

Krise und Arbeitslosigkeit fallen nicht vom Himmel

Zu Georg Scheuer: «Zum 45. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers» («Profil» 2/78).

Auf über sieben Millionen war die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Deutschland angestiegen. «Das Wirtschaftliche leidet Not», hatte der für dieses Elend verantwortliche Leiter der Reichsbank, Dr. Hans Luther, erklärt, «aber die Reichsmark steht fest (auf dem Goldstandard!). Die Reichsbank besitzt die Machtmittel, um die Reichsmark in ihrem (Gold-) Werte zu erhalten und würde sie zur Rettung des Vaterlandes trotz der damit verbundenen Härten anwenden müssen.»

«Denn die Reichsbank darf Reichsbanknoten nur ausgeben, wenn sie als Gegenwert dafür in einem gesetzlich geregelten Verhältnis Gold besitzt.» Und am 27. November 1930 erläuterte Reichsbankdirektor Dr. Luther vor dem Hauptausschuss der deutschen Industrie den Opfern seiner Währungspolitik:

«Nur aus der grossen Not der Zeit (die er selbst hervorgerufen hatte!) ist zu verstehen, dass phantastische Gedanken über die Schaffung neuen Geldes auftauchen. Manchmal kleiden sie sich in die ebenso einfache wie sinnlose Formel: Weg mit dem Gold als Währungsgrundlage! Die Zeche für unmögliche Geldschöpfungsversuche würde die Wirtschaft und damit das deutsche Volk bezahlen müssen.»

Das unverbrüchliche Festhalten am Goldwahn durch alle grossen Weimarer Parteien führte später zum Untergang der Demokratie – und zum Zweiten Weltkrieg! Herr Luther war bereit, die deutsche Wirtschaft dem Goldenen Kalbe zu opfern, das er mit dem «Vaterlande» verwechselte.

Das Vaterland wurde nicht gerettet, sondern an den Rand des Abgrundes gebracht. Die Opfer jener «Härten», die Arbeitslosen, der vor dem Zusammenbruch stehende Mittelstand und die Bauern waren nicht bereit, widerstandslos zu verhungern. Da die Demokratie ihnen nicht half, wandten sie sich den extremen Parteien zu.

Noch war die Macht der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie nicht gebrochen, und die Hoffnungen vieler richteten sich auf diese Machtpositionen, die die Lage noch zum Guten hätten wenden können.

Doch die Führungsgremien der Arbeiterschaft zeigten sich der wirtschaftlichen Katastrophe nicht gewachsen, die durch währungspolitische Gaunereien verursacht wurde. Die Währungsfrage hielten sie für nebensächlich und glaubten, sich deshalb nicht mit ihr befassen zu müssen. So erklärte Otto Wels, Vorsitzender der SPD, im Jahre 1931:

«Ich verstehe nichts von Währungspolitik. Dafür haben wir unsere Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik, von deren Gutachten wir unsere Politik abhängig machen.»

Und was rieten beziehungsweise befahlen diese «Gutachter» Braunthal und Naphtali ihrem Parteivorstand am 25. April 1930?

«Wenn die Alternative lautet: Stabilisierung der Preise, wie sie sich die Währungsreformer erhoffen – oder Stabilität der Wechselkurse, die nur durch Festhalten an der Weltwährung, das heisst für absehbare Zeit an der Goldwährung, ermöglicht wird, dann kann es für ein Land von der wirtschaftlichen Struktur Deutschlands überhaupt keine Wahl geben.»

Als auf dem letzten Parteitag der SPD vor 1933 infolge der Aktivität der SPD-Funktionäre Mäder und Schumann Zehntausende von SPD-Mitgliedern die Beendigung der mörderischen Deflation und eine Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes forderten, wurden während der Begründung dieser Anträge durch den Delegierten Erich Mäder die Lautsprecher im Saale abgeschaltet, diese Anträge als «Weisser Käse» verspottet und behauptet, die Währung sei nur «ein Thermometer», das am Wirtschaftswetter nichts ändere. Die Antragsteller wurden gemassregelt.

Es kann nicht verwundern, dass damit die Abwehrkraft der demokratischen Linken gelähmt war. Jahrzehntelang in dem Glauben geschult, dass

Vorgänge auf dem Gebiete des Geldwesens lediglich «Kampfspiele in höheren Regionen» seien, die die Arbeiterschaft nicht berührten (so der sozialdemokratische Wortführer Nölting), folgte man blindlings der Deflationsparole der Finanzgangster.

Gegen diese selbstmörderische Politik kämpfte eine Gruppe junger Sozialdemokraten, deren Wortführer nach jahrelangen vergeblichen Bemühungen noch im Juni 1932 folgenden «Letzten Appell» an die Führer der SPD richteten:

Letzter Appell!

An die Parteiinstanzen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, zuhänden Genosse Otto Wels, Berlin.

Die Brüning-Regierung ist gestürzt!

Man mag zu Brüning stehen, wie man will – jedenfalls hat er «ehrlich» versucht, das deutsche Volk nach der «ehrlichen» Golddecke zu strecken, die ihm die internationale Hochfinanz beziehungsweise Dr. Luther zugestanden haben. Seine Lohnsenkungs- und Steuererhöhungspolitik war lediglich die Konsequenz aus der Deflationspolitik der Reichsbank.

Ein moralisches Recht, über Brüning zu richten, haben die Finanzsachverständigen nicht, die an der Deflations-Goldwährungspolitik nicht rütteln wollen.

Jede neue Regierung (sei sie bürgerlich oder sozialdemokratisch), die zur Macht kommen sollte und nicht an der Deflation und an der Goldwährung rüttelt, *muss* den Lohnabbau und die Steuererhöhungen weitertreiben – das heisst: Sie wird das deutsche Volk in den Abgrund führen.

Ich warne Sie und jeden ehrlichen Sozialisten vor der Illusion, als ob für eine «Gemein- und Bedarfswirtschaft» irgendwo realisierbare, konstruktive Vorstellungen oder gar Pläne vorhanden wären. Nirgends besteht auch nur der allergeringste Ansatz für einen konstruktiven Aufbau einer sozialistischen Gemeinwirtschaft, am allerwenigsten bei denen, die sie fordern, um vom Kampfe gegen die krisenmachende Hochfinanz abzulenken.

Die Weltwirtschaftskrise hat geldpolitische Ursachen (Verringerung der umlaufenden Geldmenge im Verhältnis zur angebotenen Warenmenge!) und kann nur durch geldpolitische Massnahmen wirksam bekämpft werden.

Die Parole: Rettet die Republik! muss versagen, wenn die Republik keine Arbeit schafft. Der Faschismus wird siegen, wenn es nicht gelingt, die Parole «Krieg der Krise» zu unserer Kampfparole zu machen. Da *sachliche* Gründe gegen diese Forderungen nicht existieren, kann die Partei – gestützt auf ihren Organisations- und Presseapparat – in *kürzester* Zeit die Mehrheit des deutschen Volkes für dieses Programm gewinnen – wenn ihre Führer wollen.

Nun, diese Führer wollten nicht! Der Verfasser und die Verbreiter jenes «Letzten Appells» wurden noch Ende 1932 aus der SPD ausge-

schlossen – aber vier Wochen später schon ging ihre Voraussage in Erfüllung.

Beinahe ein halbes Jahrhundert und ein erbarmungsloser Weltkrieg liegt zwischen uns und dem geschilderten Geschehen. Die Völker Europas und des ganzen Erdballs leiden wieder unter der Geissel der Arbeitslosigkeit. Italien, Frankreich, Portugal und Spanien sind in bezug auf Arbeitslosigkeit und Währungszerfall (Inflation) die grössten Sorgenkinder Europas. Müssen wir uns wundern, dass gerade dort die kommunistischen Parteien stark geworden sind?

Wir müssen wissen, dass Krise und Arbeitslosigkeit nicht vom Himmel fallen, sondern gemacht werden. «Die Zahl der Arbeitslosen bildet ein Mass für das Versagen der Elite», schrieb Meister Luzius letztes Jahr im «Nebelspalter». Diesem Versagen müssen wir nachgehen. Dann werden wir darauf stossen, dass unser heutiges herrschendes Geld die Ursache der Arbeitslosigkeit ist. Aus dem herrschenden müssen wir ein dienendes Geld machen. Gewerkschaften und Sozialdemokraten müssen das Problem einmal unvoreingenommen von dieser Seite angehen. Besonders aber die Jungen müssen diese sozialen, ökonomischen und politischen Zusammenhänge durchschauen. Dadurch wird richtiges Tun möglich und fordert zur Tat heraus, zur Beseitigung der Fehler unserer Sozialordnung.

Roland Mauderli